

# Wirkungen

Es ergibt sich ein anderes Lebensgefühl, wenn man als Bürger eines Landes lebt, an dessen Schicksal man sich aktiv beteiligen kann, auch wenn die Abstimmungsresultate regelmässig den eigenen Wünschen entgegenlaufen, als wenn man als Untertan eines Staates lebt, in dem einem von Zeit zu Zeit mitgeteilt wird, welche Beschränkungen der Bevölkerung wieder von einer niemandem verantwortlichen Verwaltung auferlegt worden sind.

*Wolfgang von Wartburg (Hrsg.), Wagnis Schweiz. Die Idee der Schweiz im Wandel der Zeit, Novalis, Schaffhausen 1990, S. 269*

Sobald es zu einer Abstimmung kommt, haben die Politiker, aber auch die involvierten Interessengruppen, ein elementares Interesse daran, die Bevölkerung über das zur Entscheidung anstehende Problem zu informieren. Die Politiker, die in aller Regel auch Partei sind, müssen insbesondere beim Referendum den Bürgerinnen und Bürgern erklären, warum sie für oder gegen eine bestimmte Gesetzesvorlage eintreten. (...)

Sobald solche Diskussionen in der breiten Bevölkerung geführt werden, haben zudem auch jene Bürger, die Spezialisten bezüglich der zur Diskussion stehenden Fragen sind, aber nicht in den offiziellen politischen Diskurs (der Parlamentarier und Bürokraten) eingebunden sind, sehr viel mehr Möglichkeiten, ihre Argumente in die Öffentlichkeit zu tragen und damit Einfluss auf die Entscheidung zu nehmen.

*Gebhard Kirchgässner, Lars P. Feld, Marcel R. Savioz. Die direkte Demokratie. Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig, Franz Vahlen, 1999, S. 58f*

Der direkten Demokratie eignet auch die Eigenschaft, dass sich Stadt und Land, Bauern und Beamte, Arbeiter, Angestellte und selbständig erwerbende, reich und arm, jung und alt, Frau und Mann um die Lösung eines Problems bemühen müssen und gegenseitig ihre Standpunkte näher kennen lernen, was neben Distanz auch Verständnis schafft. Sie begünstigt Offenheit und Toleranz. Sie zeigt Arbeitgeber – und Arbeitnehmerschaft, dass sie im gleichen Boot sitzen.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 57*

Die Teilnahme an den Abstimmungen bedeutet für die Bürger und Bürgerinnen einen Lern- und Reifeprozess. Sie macht sie einsichtiger und besser, was den Wert der direkten Demokratie erhöht. Die Mehrheit stimmt aus Verantwortung und Pflichtgefühl.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 57*

Die Abstimmungskämpfe sind geeignet, gewisse Schwachstellen der Erlasse aufzudecken, was bei der nachherigen Rechtsanwendung von Vorteil ist, wenn die Normen im Abstimmungskampf überhaupt angenommen werden. Die Abstimmungskämpfe tragen dazu bei, dass die Gesetze bei vielen Bürgerinnen und Bürger vermehrt bekannt sind. Die Legitimation und Autorität der Gesetze wird erhöht, wenn die Bürger und Bürgerinnen sich stillschweigend oder nach einem Abstimmungskampf gutgeheissen haben.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 57*

Die Akzeptanz der Entscheidungen wird erhöht. Wahrscheinlich sind Gesetze, die von der politischen Elite einerseits und einer Mehrheit der aktiven Stimmbürgerschaft, d.h. einer breiteren, volksverbundenen Elite, andererseits stillschweigend (kein Referendum) oder ausdrücklich (nach Referendumskampf) gutgeheissen werden. Besser, als jene, die nur von einer kleinen parlamentarischen Elite erlassen worden sind. Die Einhaltung der Gesetze wird in jedem Fall besser gewährleistet. Die Beilegung von Konflikten ist erleichtert.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 54*

Der direkten Demokratie eignet eine stetigere, besser voraussehbare Entwicklung als der repräsentativen Demokratie. Bei dieser wechseln periodisch die tonangebenden Parteien, wodurch sich immer wieder Friktionen und Kehrtwendungen ergeben, was kostspielig sein kann und langfristig der Stabilität schadet. Die Machtkämpfe führen zu ruinösen, sich überbietenden Versprechungen.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 60,61*

Die Bürgerschaft ist, wie die Erfahrung zeigt, weniger erpressbar als Bundesrat und Parlament.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 61*

Die direkte Demokratie fördert den Föderalismus und umgekehrt.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 61*

Die direkte Demokratie kann in der Aussenpolitik, wenn sie richtig vertreten wird, glaubwürdiger auftreten als eine repräsentative Demokratie. Hinter ihrer Zusage steht wirklich ein ganzes Volk, vertreten durch die Mehrheit seiner breiten Elite.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 61*

Die direkte Demokratie fördert das Selbstbewusstsein von Bürgern und Bürgerinnen. Jeder Bürger und jede Bürgerin trägt – gleichsam als kleiner Staatsmann oder kleine Staatsfrau auf der untersten Ebene – Verantwortung für die zu erlassenden Gesetze. Diese Stellung ähnelt jener der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Marktwirtschaft. Auch jene setzt voraus, dass jeder Teilnehmer sozusagen als Kleinunternehmer handelt. Die Konsumenten entscheiden mit jedem Franken, den sie hingeben, was produziert und konsumiert werden soll, ob die Privatwirtschaft anzukurbeln ist oder der öffentliche Sektor, ob gespart oder investiert werden soll, usw. Direkte Demokratie und Marktwirtschaft stimmen demgemäss darin überein, dass Bürgerschaft und Konsumenten ihrer Aufgabe nur dann gewachsen sind, wenn sie in Selbstständigkeit, eigenverantwortlich und überlegt, wie Staatsmänner oder Unternehmer, handeln. Ihr Handeln entspricht dem modernen partizipativen Führungsstil. Die Politikverdrossenheit der Bürgerschaft bleibt kleiner. Jeder Bürger und jede Bürgerin trägt direkt Verantwortung. Nur in einem solchen Falle werden die Ziele der Gemeinschaft – beim Staat Friede und Stabilität, in der Wirtschaft Arbeitsfriede und Wohlfahrt – in fruchtbarer Weise erreicht.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 59, 60*

Die direktdemokratischen Strukturen ermöglichen eine ökologischer orientierte Wirtschaftspolitik. Parlamentarier gewichten andere Interessen ihrer Auftraggeber höher als den Umweltschutz.  
*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 60*

Nach 1814 wird Genf von englischen Besuchern überschwemmt; fremde Schriftsteller und Politiker, die heimatlichem Zwang entrinnen wollen, finden eine Zuflucht an den Ufern des Genfersees. Die Schweiz setzt eine liberale Miene auf. Sie besinnt sich auf ihre Sendung, Proskribierten ein Asyl zu gewähren. Am Lemman gehen Byron, Shelley, Lamartine, Thiers, die italienischen Patrioten des Risorgimento, die russischen Revolutionäre vorüber. August Strindberg schreibt dort seine «Schweizer Novellen». Dem Bankier Eynard verdankte Genf seinen Ruf, ein Mittelpunkt des Philhellenismus zu sein. Guizot erhielt seine Ausbildung am dortigen College, Cavour war halber Genfer durch seine Mutter, Rossi spielte sogar eine aktive Rolle in der Genfer und Schweizer Politik. Der Maler Courbet fand nach der Pariser Kommune hier ein Zuflucht. Diese Liste der ausländischen Pilger und Flüchtlinge auf dem Boden der französischen Schweiz reicht bis in unsere Tage, bis zu Lenin, zu Stravinsky, zu Romain Rolland, zu Rainer Maria Rilke, zu Paul Hindemith, zu Kokoschka... Was suchten sie hier? Was fanden sie? Ihre Freiheit. Ihre fremden Gäste scheinen unter dem Eindruck der Schönheit dieses Landes, manchmal auch seiner politischen Einrichtungen und Sitten gestanden zu haben. Von Byrons «Prisoner of Children» bis zu Rilkes «Quatrains Valaisans» ist ein Abglanz dieses Himmelstrichs in die Literatur anderer Völker eingegangen; auch in ihre Musik durch Stravinskys «Histoire du soldat». Der amerikanische Präsident Wilson erlangte von der Pariser Friedenkonferenz die Zustimmung, dass Genf als Sitz des Völkerbundes auserkoren wurde.  
*J. R. von Salis. Schwierige Schweiz, Orell-Füssli, Zürich, 1968, S. 49*

Für Jean-Jacque Rousseaus vehemente Verteidigung der Volksherrschaft in seinem Contrat social, der die politische Entwicklung seiner Zeit stark beeinflusste, musste er nicht lange suchen: das Beispiel Genfs mit seinem Generalrat genügte, in welchem wichtige Beschlüsse mit dem Zweidrittelsmehr aller citoyens und bourgeois gefasst wurden.  
*Jean Ryniker, Fernand Rausser. Unsere Eidgenossenschaft. Mondo, Lausanne 1984, S. 14*

«Gerade zu einer Zeit, da die Berechtigung der schweizerischen Neutralität im Kontinent ihres Ursprungs in Verbindung mit der europäischen Integration angezweifelt wird, darf auf die faktisch erreichte Universalität ihrer Auswirkungen hingewiesen werden.»  
*Friedrich Traugott Wahlen, Das Rote Kreuz und die Eidgenossenschaft, 19. Mai 1963. In: Dem Gewissen verpflichtet, Fresh und Washmut Verlag, Zürich Stuttgart, 1966, S. 186*

«Es muss gesagt werden, dass sich die Neutralitätspolitik eines Staates notwendigerweise von derjenigen einer humanitären Organisation unterscheidet. Dem Staat eignet sich seinem Wesen gemäss, und wie das Haager Abkommen über die friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten vorsieht, für politische Vermittlungshandlungen zur Verfügung stellen, sofern sie von allen Beteiligten gewünscht werden, während sich das Rote Kreuz an seine rein humanitäre Mission halten muss.»  
*Friedrich Traugott Wahlen, Das Rote Kreuz und die Eidgenossenschaft, 19. Mai 1963. In: Dem Gewissen verpflichtet, Fresh und Washmut Verlag, Zürich Stuttgart, 1966, S. 184*

Die direkte Demokratie führt zu einer besseren wirtschaftlichen Performance. Kantone und/oder Gemeinden mit direkter Demokratie in Finanzfragen haben, jeweils ceteris paribus – geringere Staatsausgaben, einer geringere Staatsschuld, effizienter arbeitende öffentliche Betriebe sowie ein höheres Bruttoinlandprodukt pro Kopf. Zudem hat die Bevölkerung ein grösseres Vertrauen in die öffentliche Verwaltung, was zu einem geringeren Ausmass an Steuerhinterziehung führt. In wirtschaftlicher Hinsicht spricht somit offensichtlich alles für und nichts gegen die direkte Demokratie. Soweit ein schädlicher Einfluss der Interessengruppen existiert, zeigt die Erfahrung der Schweiz, dass er in direkt demokratischen Systemen zumindest nicht ausgeprägter ist als in rein repräsentativen Systemen.

*Gebhard Kirchgässner, Lars P. Feld, Marcel R. Savioz. Die direkte Demokratie. Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig, Franz Vahlen, 1999, S. 105*

Die Steuer- und Abgabemoral ist höher als bei andern Staatsformen. Sie ist umso höher, je ausgeprägter die direktdemokratischen Institutionen sind.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 54*

Die direkte Demokratie ist fähig einen Hauptfehler des Parlamentarismus zu berichtigen und dessen Folgen zu begrenzen: Der sprichwörtlichen Ausgabenfreude der Parlamentarier und Parlamentarierinnen (wegen ihres Images mit Blick auf kommende Wahlen, wegen der Wahrung von bestimmten Sonderinteressen und wegen des Abschlusses von ausgabenverursachenden Kompromissen) wird durch Referendum und Initiative ein Riegel gestossen. Die repräsentative Demokratie – die Staatsform aller EU-Staaten – besitzt diese Bremse nicht. Daher sind die repräsentativen Demokratien im allgemeinen wesentlich höher verschuldet und unterliegen noch mehr der Inflation, als die direkten Demokratien (Referendumsrecht).

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 57, 58*

Der direkten Demokratie eignet die eminent wichtige Aufgabe, über Steuern und Abgaben abzustimmen und damit die Höhe der Fiskal- und Abgabenquote zu begrenzen. Neben der Inflation, die vielfach der Abhängigkeit der Nationalbanken von politischer Macht entstammt, ist die Schuldenwirtschaft der Staaten (d. h. der Regierungen und Parlamentarier) das grösste Krebsübel für die Wohlfahrt des Volkes. Die Schwächsten, die Rentner, die Kleinsparer, Arbeitnehmer und Besitzlosen sowie der staatstragende Mittelstand tragen die Folgen der Inflation am schwersten. Die infolge der Inflation überhöhten Steuererträge verführten Bundesrat und Parlament zu langfristig unverantwortlichen Ausgaben. Wenn die Inflation zurückgeht, gehen die überhöhten Steuererträge zurück. Die Ausgaben können jedoch nur mit Schwierigkeiten gesenkt werden. Die Verschuldungsspirale steigt. Die heutige, in den letzten sechs Jahren rasch wachsende Staatsverschuldung stellt ein Alarmsignal dar. Das finanzpolitische Versagen von Parlament, Bundesrat und Bürokratie in den letzten Jahren mahnt zum Aufsehen. Das Volk, insbesondere die Parteien, war zu nachlässig in der Auswahl und hat teilweise den falschen Parlamentariern sein Vertrauen geschenkt. Es war nicht wachsam genug. Die Verantwortung der Bürger und Bürgerinnen in einer Demokratie ist hoch. Die Pflicht einer Persönlichkeit, sich einem Amt, zudem sie geneigt ist, zur Verfügung zu stellen, wenn sie gerufen wird, geht den meisten Pflichten vor.

*Hans Baur EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 58,59*

Nach sorgfältigen ökonomischen Untersuchungen ist erwiesen, dass die Wirtschaftsleistung pro Kopf der Bevölkerung in jenen 17 Kantonen, die stärker auf die Institution der direkten Demokratie vertrauen, um rund 15 % höher ist, als in den andern 9 Kantonen, die stärker repräsentativ aufgebaut sind.

*Hans Baur EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 59*

Nach verschiedenen Untersuchungen in der direkten Demokratie ergibt sich folgendes:

- Die staatliche Produktion wird kostengünstiger erstellt.
- Die Staatsausgaben wachsen weniger schnell
- Die Staatsausgaben sind gemessen am Sozialprodukt weniger hoch
- Die Verschuldung pro Kopf ist geringer
- Der Bürger ist besser über die Steuerbelastung, d. h. die Fiskalillusion geringer.

Ähnliche Ergebnisse haben auch die Untersuchungen in den direkten Demokratien der amerikanischen Bundesstaaten ergeben. Der Produktionsstandort wird im Vergleich zur repräsentativen Demokratie verbessert.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 59*

Der tatsächliche Schlüssel zu ihrem industriellen Leistungsvermögen liegt in erster Linie in der Einstellung des Volkes. Die Schweiz ist arm an Rohstoffen, und das Schweizervolk ist sich bewusst, dass in der harten Wirklichkeit der Arme nur etwas erreichen kann, wenn er dafür arbeitet. Die schweizerische Wirtschaft basiert auf einer guten allgemeinen und technischen Bildung und auf einem starken Selbstvertrauen. Das Resultat davon besteht in Fleiss, Gründlichkeit, Gewissenhaftigkeit in der industriellen Entfaltung und Produktion und in einer kontinuierlichen und verständnisvollen gemeinsamen Kraftanstrengung von Arbeitern und Geschäftsleitung im einzelnen Betrieb. Es ermöglicht dem Schweizervolk einen hohen Lebensstandard zu erzielen.

*Ronald E. Edwards In: J. R. von Salis. Schwierige Schweiz, Orell-Füssli, Zürich, 1968, S. 82*

Wichtig ist, dass sich dabei die Schweiz in den weltweit 10 wachstumsträchtigsten Technologiefeldern patentmässig auf 7 Gebieten zur Weltspitze zählen kann. Die Schweiz wendet für Forschung und Bildung rund 32 Mia. bzw. 9 % des BIP auf, womit sie in der Spitzengruppe der Industrieländer rangiert. Sie ist auch bei den Nobelpreisträgern, pro Kopf der Bevölkerung, an der Spitze.

*Hans Baur. EU oder Direkte Demokratie. Oratio, Schaffhausen 1998, S. 35*

## Wirkungen Ausland

Es war der politische Mechanismus dieses Staatenbundes, der die amerikanischen Gründerväter so lebhaft interessierte. Sie besorgten sich die neueste Literatur, den Dictionnaire géographique, historique et politique de la Suisse von Vinzenz Bernhard von Tschärner und Gottlieb von Haller (Neuchâtel 1775), den vierbändigen Code de l'Humanité von Fortune Barthelemy de Felice (Yverdon 1778), die Sketches of the Natural Civil and Political State of Switzerland des englischen Theologen und fast vorbehaltlosen Bewunderers der Schweiz William Coxe (London 1779).

*Markus Kutter: Doch dann regiert das Volk. Ein Schweizer Beitrag zur Theorie der direkten Demokratie, Allmann Verlag 1996, S. 98*

Für die Ausarbeitung der konstitutionellen Doktrin Amerikas waren auf einer ganz anderen Ebene die Genfer Staatsrechtler – Jean Jaques Burlamaqui (1694- 1748) und Emer de Vattel (1714- 1767) wichtig. Aus ihnen, aus Locke und Montesquieu, schrieb ein Beobachter des Kongresses von 1774 an James Madison, würden die Normen gewonnen, wenn es darum ginge, die Rechte der Kolonien festzulegen, oder wenn ein Disput über die Rechts – oder Verhältnismässigkeit eines Gesetzes entstehe. Rousseau spielte als Referenz in Amerika kaum eine Rolle; der edle Wilde vor dem Eintritt in den Gesellschaftsvertrag war auf einen unerschlossenen Kontinent mit Indianerstämmen keine sehr taugliche Bezugsgrösse. Aber man darf annehmen, dass der Kernsatz der amerikanischen Menschenrechte, der zuerst als life, liberty and pursuit of happiness bekam – das war eine Formulierung, in der auch das Streben nach Glückseligkeit des Basler Staatsphilosophen Isaak Iselin wieder auftauchte.

*Markus Kutter. Doch dann regiert das Volk. Ein Schweizer Beitrag zur Theorie der direkten Demokratie, Allmann Verlag 1996, S. 101*

Cronin weist nach, dass der Sozialreformer, Arbeiterführer und Journalist J.W. Sulinam Ende der 80er Jahre die Schweiz besuchte, dort das System der Volksgesetzgebung mehrere Monate lang beobachtete und 1989/ 90 eine Reihe von Artikeln schrieb, die ihm nachher für sein Buch «Direct Legislation by the Citizenship through the Initiative and Referendum» dienten. Mit der Gesetzgebung durch das Volk, so sagte er, würde sich der Gesichtskreis jedes Bürgers erweitern, jeder würde in der Folge zu seiner Rolle erzogen und ein lebendiges Interesse an einem Teil der öffentlichen Geschäfte unter seiner eigenen Entscheidungsfreiheit entwickeln. Denn die Schweizer hätten die Privilegien ihrer Führer abgeschafft und ihre Gesetzgeber in die Rolle von blossen Dienern geschoben. So sei Bürokratie unmöglich geworden, und sie hätten den Beweis angetreten, dass das parlamentarische System für die Gesetzgebung nicht unverzichtbar sei.

*Markus Kutter. Doch dann regiert das Volk. Ein Schweizer Beitrag zur Theorie der direkten Demokratie, Allmann Verlag 1996, S. 119f*